

Inhaltsübersicht

Kurzprotokoll der 11. Sitzung

Gespräch mit den Vorsitzenden der Petitionsausschüsse des Deutschen Bundestages sowie von Landesparlamenten der neuen Bundesländer über die Schwerpunkte der bei diesen Parlamenten eingegangenen, die Thematik der Enquete-Kommission betreffenden Petitionen 9

Eingangsbemerkungen der Vorsitzenden der Petitionsausschüsse

Christa Nickels 11
Bärbel Kozian 12
Johanna Köhler 14
Siegrun Einsle 16

Protokoll der 40. Sitzung

Öffentliche Anhörung: Die justitielle Aufarbeitung der SED-Diktatur im Prozeß der deutschen Einheit – Bilanz und Perspektiven 28

Kurzvorträge

Die Leistungsfähigkeit des Rechtsstaates bei der Aufarbeitung der SED-Diktatur unter verfassungsrechtlichen Gesichtspunkten
Eckart Klein 33
Die Leistungsfähigkeit des Rechtsstaates bei der Aufarbeitung der SED-Diktatur auf dem Gebiet des Verwaltungsrechts
Michael Brenner 37
Die Leistungsfähigkeit des Rechtsstaates bei der Aufarbeitung der SED-Diktatur auf dem Gebiet des Arbeitsrechts
Monika Schlachter 39
Die Leistungsfähigkeit des Rechtsstaates bei der Aufarbeitung der SED-Diktatur auf dem Gebiet des Strafrechts
Klaus Marxen 42

Vorträge

Bilanz der justitiellen Aufarbeitung der SED-Diktatur nach sieben Jahren deutscher Einheit
Steffen Heitmann 45
Lore-Maria Peschel-Gutzeit 49
Edzard Schmidt-Jortzig 62

Berichte, Expertisen

Zur Situation der Opfer der SED-Diktatur und ihrer Rehabilitierung

Falco Werkentin: Die politische Instrumentalisierung der Todesstrafe in der SBZ/DDR – Darstellung der justitiellen Praxis in der SBZ/DDR

und Bilanz der Rehabilitierung von Verurteilten und deren Angehörigen in der Zeit nach 1990	101
Stand der Kenntnisse zur Praxis der Todesstrafe in der SBZ/DDR – Statistischer Überblick zur Anwendung der Todesstrafe in der SBZ/DDR – Die SED-Führung als Ankläger, Richter und Gnadeninstanz bei Todesurteilen – Instrumentalisierung der Todesstrafe – Rehabilitierung hingerichteter Menschen	
Sonja Süß: Repressive Strukturen in der SBZ/DDR – Analyse von Strategien der Zersetzung durch Staatsorgane der DDR gegenüber Bürgern der DDR	193
Aufgabenstellung, Quellenlage, Forschungsstand – Begriffsbestimmung zur „Zersetzung“ – Zielgruppen für „Zersetzungsmaßnahmen“ des MfS – Urheber und Mitwirkende an „Zersetzungsmaßnahmen“ – Zeitgeschichtliche Einordnung der MfS-Methode – Typische Strategien der „Zersetzung“ – Schätzung des Ausmaßes angewandter Zersetzung – Psychische und physische Folgen der „Zersetzung“ – Dokumentarischer Nachweis erfahrener Zersetzung – Handlungsempfehlungen zur Rehabilitierung Betroffener	
Wolfgang Schuller: Repressive Strukturen in der SBZ/DDR – Strategien der Zersetzung durch Staatsorgane der DDR gegenüber Bürgern der DDR und Möglichkeiten strafrechtlicher und rehabilitationsrechtlicher Bewältigung	251
Begriff und Erscheinungsformen der Zersetzung – Strafrechtliche Würdigung nach dem Recht der DDR und dem Recht der Bundesrepublik Deutschland – Rehabilitierung	
Stefan Priebe / Doris Denis: Gesundheitliche und psychische Folgeschäden politischer Verfolgung im Hinblick auf Rehabilitierung und Wiedergutmachung	289
Politische Justiz und Haftbedingungen in der DDR – Quantitatives Ausmaß politischer Verfolgung in der DDR – Folgeschäden politischer Verfolgung in der DDR – Soziale Benachteiligungen – Wiedergutmachung und Rehabilitierung gesundheitlicher und psychischer Folgeschäden – Begutachtungspraxis gesundheitlicher und psychischer Folgeschäden politischer Verfolgung in der DDR – Handlungsempfehlungen zur Entschädigung von Haftfolgeschäden	
Senatsverwaltung für Justiz sowie Senatsverwaltung für Gesundheit und Soziales von Berlin: Auskünfte zum Thema „Bilanz der Rehabilitierung nach dem Ersten und Zweiten Unrechtsbereinigungsgesetz“	340
Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG) – Berufliches Rehabilitierungsgesetz (BerRehaG) – Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG) – Fallzahlen – Verfahrensdauer – Umsetzung der Gesetze – Akzeptanz bei den Betroffenen – Fallgruppen	

Ministerium für Justiz und für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie Ministerium des Innern des Landes Brandenburg: Auskünfte zum Thema „Bilanz der Rehabilitation nach dem Ersten und Zweiten SED-Unrechtsbereinigungsgesetz“	348
Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG) – Berufliches Rehabilitierungsgesetz (BerRehaG) – Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG) – Fallzahlen – Verfahrensdauer – Umsetzung der Gesetze – Akzeptanz bei den Betroffenen – Fallgruppen	
Amt für Rehabilitation und Wiedergutmachtung des Landes Mecklenburg-Vorpommern: Auskünfte zum Thema „Bilanz der Rehabilitation nach dem Ersten und Zweiten SED-Unrechtsbereinigungsgesetz“	358
Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG) – Berufliches Rehabilitierungsgesetz (BerRehaG) – Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG) – Fallzahlen – Verfahrensdauer – Umsetzung der Gesetze – Akzeptanz bei den Betroffenen – Fallgruppen	
Sächsisches Staatsministerium der Justiz: Auskünfte zum Thema „Bilanz der Rehabilitation nach dem Ersten und Zweiten SED-Unrechtsbereinigungsgesetz“	365
Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG) – Berufliches Rehabilitierungsgesetz (BerRehaG) – Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG) – Fallzahlen – Verfahrensdauer – Umsetzung der Gesetze – Akzeptanz bei den Betroffenen – Fallgruppen	
Ministerium der Justiz, Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit sowie Ministerium des Innern des Landes Sachsen-Anhalt: Auskünfte zum Thema „Bilanz der Rehabilitation nach dem Ersten und Zweiten SED-Unrechtsbereinigungsgesetz“	370
Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG) – Berufliches Rehabilitierungsgesetz (BerRehaG) – Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG) – Fallzahlen – Verfahrensdauer – Umsetzung der Gesetze – Akzeptanz bei den Betroffenen – Fallgruppen	
Thüringer Ministerium für Justiz und Europaangelegenheiten: Auskünfte zum Thema „Bilanz der Rehabilitation nach dem Ersten und Zweiten SED-Unrechtsbereinigungsgesetz“	378
Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz (StrRehaG) – Berufliches Rehabilitierungsgesetz (BerRehaG) – Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz (VwRehaG) – Fallzahlen – Verfahrensdauer – Umsetzung der Gesetze – Akzeptanz bei den Betroffenen – Fallgruppen	
Elitenwechsel – Übernahme von Personal in den öffentlichen Dienst	
Bundesministerium des Innern: Ausfüllung der durch den Einigungsvertrag vorgegebenen Rahmenregelungen zur personalpolitischen Erneuerung von Verwaltungen durch landes- und bundesrechtliche Regelungen, Verfahren und Kriterien	391

Vorgefundener Zustand – Zielsetzung für den Neuaufbau des öffentlichen Dienstes – Regelungen des Einigungsvertrages – Einführung des Berufsbeamtentums – Beamtenrechtliche Vorgaben des Einigungsvertrages – Praxis der Bundesverwaltung – Praxis in den Ländern – Verbeamtung – Rechtsverhältnisse der Arbeitnehmer des öffentlichen Dienstes – Übernahme – Beschäftigungsbedingungen – Besoldung und Versorgung – Verwaltungsaufbau in den neuen Ländern – Verwaltungshilfe

Bundesministerium des Innern: Die Praxis der Entscheidung über die Übernahme von Personal in den öffentlichen Dienst im Beitrittsgebiet während der Übergangsphase nach 1990 im Bereich des Bundesgrenzschutzes 480
 Die Grenzschutz-Organisation der ehemaligen DDR – Integration in den Bundesgrenzschutz – Berufung in das Beamtenverhältnis

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung: Die Praxis der Entscheidung über die Übernahme von Personal in den öffentlichen Dienst im Beitrittsgebiet während der Übergangsphase nach 1990 im Bereich der Arbeitsverwaltung 486
 Aufbau der Arbeitsverwaltung in der DDR und Verschmelzung der Arbeitsverwaltungen – Personalübernahme durch die Bundesanstalt für Arbeit – Überprüfung des Personals – Personalrechtliche Konsequenzen

Bundesministerium der Verteidigung: Die Praxis der Entscheidung über die Übernahme von Personal in den öffentlichen Dienst im Beitrittsgebiet während der Übergangsphase nach 1990 im Bereich der Bundeswehr 491
 Übernahme von Zivilbediensteten der ehemaligen NVA in die Bundeswehr – Ausgangslage – Einzelaspekte – Integrationsmaßnahmen – Übernahme ehemaliger NVA-Soldaten in die Bundeswehr – Personelle Integration in die Bundeswehr – Personelle Situation der ehemaligen NVA – Übernahme als Soldat auf Zeit und als Berufssoldat

Volker Koop: Die Nationale Volksarmee – Probleme der Integration in die Bundeswehr 508
 Kontakte zwischen dem Bundesministerium der Verteidigung und dem Ministerium für Abrüstung und Verteidigung – Persönliche und berufliche Situation ehemaliger NVA-Soldaten – Fehler und Folgen – Vermeidbare Fehler beim Aufbau der Bundeswehr

Hans Hubertus von Roenne: Die Praxis der Entscheidung über die Übernahme von Personal in den öffentlichen Dienst im Beitrittsgebiet während der Übergangsphase nach 1990 – unter Berücksichtigung der Bereiche der Justiz, der Bildung und der Polizei am Beispiel der Landesverwaltungen in den neuen Ländern und in Berlin 544

Überprüfungspraxis im öffentlichen Dienst der neuen Länder – Überprüfung der Richter und Staatsanwälte – Überprüfung der Lehrer – Überprüfung der Polizisten – Übernahmehzahlen – Rechtliche Aspekte

Monika Schlachter: Justitielle Aufarbeitung am Beispiel der Arbeitsgerichtsbarkeit 650
Rechtstatsächliche Untersuchung des Kündigungsrechts des Einigungsvertrages – Praxis der Verwaltungen und der Arbeitsgerichte – Konkretisierung des Sonderkündigungsrechts durch Rechtswissenschaft und Rechtsprechung – Geltungsbereich des Sonderkündigungsrechts – Ordentliche Kündigung – Außerordentliche Kündigung – Rechtslage nach dem Außerkrafttreten einigungsvertraglicher Regelungen – Bewährung einigungsvertraglicher Regelungen

Udo Scheer: Verbleib und heutige soziale Stellung von Nomenklaturkadern in den Landesbehörden des Landes Sachsen-Anhalt 755
Nomenklaturkader in der DDR – Kadernomenklaturen in den Bezirken Halle und Magdeburg sowie im Kreis Schönebeck – Die Bildung des Landes Sachsen-Anhalt – Aufbau der Bezirksregierungen Halle, Dessau und Magdeburg – Personaleinstellung in Thüringen und Sachsen – Ehemalige Nomenklaturkader in den Landesbehörden – Verbleib von Nomenklaturkadern

Harry Ewert: Die Übernahme ehemaliger Nomenklaturkader in den Bereich der Polizei in den neuen Ländern 879
Politische Voraussetzungen und Entwicklung der Nomenklatur – Rolle und Stellung der DVP in der ehemaligen DDR – Verhältnis zwischen MdI und MfS – Die Überprüfung von Volkspolizisten im Zusammenhang mit der Übernahme in die heutige Polizei im Prozeß der deutschen Einheit – Empfehlungen zum weiteren Umgang mit der Nomenklatur des ehemaligen MdI

Nils Albrecht: Verbleib von ehemaligen Nomenklaturkadern am Beispiel der Stadt Rostock 916
Funktionen und gesellschaftliche Stellung von Nomenklaturkadern in der DDR – Gesellschaftliche Stellung von Nomenklaturkadern nach der politischen Wende – Archivsituation – Nomenklaturkaderfunktionen beim Rat der Stadt Rostock – Verbleib der Nomenklaturkader des Rates der Stadt Rostock

Leistungsfähigkeit der rechtsstaatlichen Ordnung bei der Aufarbeitung der SED-Diktatur, rechtsvergleichende Betrachtungen

Eckart Klein: Probleme verfassungsrechtlicher Aufarbeitung der SED-Diktatur und ihrer Folgen 929
Maßstäblichkeit des Grundgesetzes für den Aufarbeitungsprozeß – Bewältigungskapazität der Verfassung – Bewältigungskapazität des Bundesverfassungsgerichts – Konstellationen rechtsstaatlicher Bewährung

– Öffentlicher Dienst – Justiz – Strafrechtspflege – Überprüfung von Abgeordneten – Kommunale Selbstverwaltung – Vermögens- und Eigentumsrecht – Bundesverfassungsgericht und Rechtsdogmatik

Jörn Ipsen: Justitielle Aufarbeitung in rechtstatsächlicher und rechtsdogmatischer Hinsicht am Beispiel des Bundesverfassungsgerichts 1006
 Rechtliche Problematik der sogenannten „Mauerschützen in der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs und des Bundesverfassungsgerichts – Strafbarkeit von DDR-Richtern und -Staatsanwälten wegen Rechtsbeugung – Strafrechtliche Verfolgung von Wahlfälschungen in der ehemaligen DDR – Strafrechtliche Behandlung von Spionagetätigkeit von Angehörigen der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) des MfS

Klaus Marxen / Gerhard Werle: Erfolge, Defizite und Möglichkeiten der strafrechtlichen Aufarbeitung des SED-Unrechts in vorwiegend empirischer Hinsicht 1064
 Erscheinungsformen des SED-Unrechts – Wahlfälschung – Rechtsbeugung – Denunziationen – Verletzung von Berufsgeheimnissen – Gewalttaten an der deutsch-deutschen Grenze – Mißhandlungen in Haftanstalten – MfS-Straftaten – Spionage – Verfahrenspraxis – Strafverfolgung in der Endphase der DDR – Strafverfolgung auf Bundesebene – Strafverfolgung auf Länderebene – Unterstützung der Strafjustiz durch zeithistorische Forschung – Erfolge, Defizite und Möglichkeiten – Bilanz

Bernd Schünemann: Verfassungsrechtliche Probleme der strafrechtlichen Aufarbeitung 1304
 Konsequenzen für die Beteiligungslehre aus der strafrechtlichen Verfolgung von SED-Unrecht – Zur Notwendigkeit rechtsdogmatischer Neuerungen im Zuge der strafrechtlichen Aufarbeitung von SED-Unrecht – Pflicht des Rechtsstaates zur strafrechtlichen Verfolgung des SED-Unrechts – Problematik des Rückwirkungsverbotes – „Reine faktische Rückwirkungstheorie“ – „Theorie der menschenrechtsfreundlichen Auslegung“ – Radbruchsche Formel – Vermittelnde Auffassung auf Grundlage eines kulturbezogenen Rechtsbegriffs – „Freizeichnung“ der Täter – Möglichkeiten teleologischer Reduktion des praktizierten Rückwirkungsverbotes – Mögliche Ergänzungen des Art. 103 Abs. 2 Grundgesetz und „Schlußstrichgesetz“

Udo Ebert: Erfolge, Defizite und Möglichkeiten strafrechtlicher Aufarbeitung von SED-Unrecht in vorwiegend dogmatischer Hinsicht 1381
 Fragwürdigkeit und Notwendigkeit der strafrechtlichen Aufarbeitung – Siegerjustiz – Amnestie – Rechtliche Vorgaben, Gegenstände und Grenzen strafrechtlicher Aufarbeitung – Grundprobleme strafrechtlicher Aufarbeitung von SED-Unrecht am Beispiel der tödlichen Schüsse an der innerdeutschen Grenze – Auslegung § 27 Abs. 2 DDR-Grenzgesetz – Radbruchsche Formel – Rückwirkungsverbot und Reichweite von

Artikel 103 Abs. 2 Grundgesetz – Mittelbare Täterschaft – Spionage und ihre rechtliche Beurteilung – Wahlfälschung in der DDR und Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes

Manfred Seebode: Rechtliche Bewertung der Tätigkeit von DDR-Richtern im Spannungsfeld zwischen richterlicher Unabhängigkeit und parteilichem Gehorsam 1524

Rechtsbeugung als Straftatbestand – DDR-Richter und DDR-Staatsanwälte – Strafrechtliche „Vergangenheitsbewältigung“ – Sinn und Zweck der Bestrafung von DDR-Justizorganen – Rechtsstaatliche Grundlagen – Verjährung von DDR-Justizunrecht – Spannungsfeld zwischen richterlicher Unabhängigkeit und parteilichem Gehorsam – Richter als taugliche Täter der Rechtsbeugung – Strafbarkeit von Justizunrecht – Sperrwirkung strafloser Rechtsbeugung als „Richterprivileg“

Michael Brenner: Justitielle Aufarbeitung in rechtstatsächlicher Hinsicht am Beispiel der Verwaltungsgerichtsbarkeit 1602

Verwaltungsgerichtliche Rechtsprechung zu vermögensrechtlichen Streitigkeiten anlässlich der Wiedervereinigung – Vermögensgesetz und Rechtspraxis – Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zur Abwicklung von Einrichtungen und verwaltungsgerichtliche Rechtsprechung – Abwicklung von Hochschulen der DDR – Abwicklung von Einrichtungen von Hörfunk und Fernsehen – Abwicklung der Akademie der Wissenschaften der DDR – Rechtsprechung zum Beamtenrecht – Rechtsprechung zum Zweiten SED-Unrechtsbereinigungsgesetz

Franz Jürgen Säcker: Justitielle Aufarbeitung der SED-Diktatur in rechtstatsächlicher Hinsicht am Beispiel der Zivilgerichtsbarkeit 1716

Bilanz der justitiellen Aufarbeitung durch die Zivilgerichtsbarkeit – Komplementäre Funktion der Zivilgerichtsbarkeit bei der Aufarbeitung – Anwendungsbereich des DDR-Rechts – Anwendungspraxis des DDR-Rechts durch die Zivilgerichte – Implikationen für den Gesetzgeber

Elisabeth Koch: Vergleichende Betrachtung der justitiellen Aufarbeitung von nationalsozialistischem Unrecht einerseits und dem Unrecht der SED-Diktatur andererseits 1752

Theoretische Begründung der Legitimität strafrechtlicher Verfolgung nach 1945 und nach 1989/90 – Ahndung von NS-Unrecht durch Alliierte und deutsche Gerichte – Ahndung von SED-Unrecht nach 1989 – Zivilrechtliche Sanktionen nach 1945 und nach 1989 – Zivilrechtliche Wiedergutmachung nach 1945 und nach 1989 – Bilanzierender Vergleich

Georg Brunner: Aktuelle Entwicklungen der rechtsvergleichenden Betrachtung justitieller Aufarbeitung in Ost- und Mitteleuropa unter verfassungsrechtlichen und rehabilitationsrechtlichen Gesichtspunkten 1798

Inhaltsübersicht

Verfassungsrechtliche Bewertung kommunistischer Vergangenheit –
Rechtsvergleich für Albanien, Bulgarien, Estland, Polen, Rußland,
Slowakei, Tschechien, Ukraine, Ungarn – Umgang mit den Tätern –
Strafrechtliche Verfolgung der kommunistischen Unrechtstaten – Zu-
gang zu öffentlichen Ämtern – Lustration – Rehabilitierung der Opfer –
Wiedergutmachung